

breiteten Korruptionsphänomenen zu erwarten ist. -hol-

### 16 Jiang Zemin in Guangdong - Aufwertung Shenzhens zur regierungsunmittelbaren Stadt?

In der zweiten Februarhälfte unternahm Generalsekretär Jiang Zemin eine Inspektionsreise in die Provinz Guangdong. Offizieller Anlass war die Verlagerung der landesweiten politischen Erziehungskampagne der „Drei Betonungen“ von der zentralen und Provinzebene auf die Kreisebene (vgl. C.a., 1999/10, Ü 8). Die Kampagne, die einer breitgefächerten politischen Reinigung unter Partei- und Regierungsfunktionären dient, soll in der Provinz Guangdong mit besonderer Intensität durchgeführt werden, nicht zuletzt wohl auch wegen der Häufung offizieller Korruptionsfälle, durch die die Provinz in den letzten Jahren von sich reden machte (RMRB, 21.2.00; *Ming Pao*, 20.2.00, nach SWB, 23.2.00; SCMP, 24.2.00).

In Anknüpfung an Deng Xiaopings berühmte „Reise in den Süden“ vom Jahr 1992 ergriff Jiang auf seiner Reise aber auch die Gelegenheit, der Küstenstadt Shenzhen einen Besuch abzustatten, die in diesem Jahr das 20. Jubiläum ihres Status als Sonderwirtschaftszone begeht. Jiang versäumte nicht, der Stadt wegen ihrer wirtschaftlichen Vitalität und technologischen Innovationskraft vollmundiges Lob zu zollen (XNA, 27.2.00).

Hongkonger Quellen zufolge sind mit Jiang Zemins Besuch in Shenzhen seit längerer Zeit diskutierte Pläne in greifbare Nähe gerückt, wonach Shenzhen der administrativen Zuständigkeit der Provinz Guangdong entzogen und nach Beijing, Shanghai, Tianjin und Chongqing zur fünften regierungsunmittelbaren Stadt aufgewertet werden soll. Innerhalb des Staatsrats soll im vergangenen Jahr eine Studie erstellt worden sein, die bestätigt haben soll, dass der Stadt im landesweiten Vergleich eine Schlüsselposition in den Bereichen Außenhandel, ausländischer Investitionen, Transport und wissenschaftlicher und technologischer Forschung und Entwicklung zukomme, die sie für eine stärkere administrative Selbstbestim-

mung prädestiniere. Auch verspreche ein solcher Schritt eine verbesserte wirtschaftliche Kooperation mit der benachbarten Sonderverwaltungszone Hongkong (ebd.).

Kritische Hongkonger Stimmen hinterfragten diese Pläne allerdings. Das Sozialprodukt Shenzhens sei im Vergleich insbesondere mit Beijing und Shanghai gering; auch unterstehe die Gestaltung des Verhältnisses zu Hongkong der zentralen Aufsicht Beijings und könne nicht lokal entschieden werden. Auch offizielle Stimmen aus Beijing gaben an, dass die Ausformulierung der entsprechenden administrativen Pläne noch mindestens zwei Jahre in Anspruch nehmen würde (SCMP, 26.2.00). -hol-

### 17 Bombenexplosion auf dem Beijinger Tiananmen-Platz

Am Nachmittag des 15. Februar detonierte auf dem Beijinger Tiananmen-Platz eine Bombe. Bei der Explosion kam der Bombenleger selbst ums Leben; ein südkoreanischer Tourist trug leichte Verletzungen davon. Einer unbestätigten Hongkonger Meldung zufolge kostete die Explosion das Leben dreier weiterer Passanten (XNA, 16.2.00; *Ping Kuo Rih Pao*, 16.2.00, nach SWB, 17.2.00).

Innerhalb weniger Stunden nach dem Ereignis wurde von offizieller Seite die Identität des Bombenlegers bekannt gegeben. Nach Aussage eines Sprechers des Staatsrats handelte es sich bei dem Toten um einen psychisch kranken Bauern aus der Provinz Hubei, der den Sicherheitsbehörden in der Vergangenheit wiederholt wegen gesetzeswidrigen Verhaltens aufgefallen war. So soll er bereits vier Mal nach Beijing gekommen sein, um die Aufhebung einer Bußgeldstrafe zu erwirken, die ihm wegen Verzugs der Steuerzahlung erteilt worden war. 1997 soll er nackt vor dem Portrait Mao Zedongs auf dem Tiananmen-Platz protestiert und 1999 am selben Ort die Nationalflagge beschmutzt haben. Noch Anfang dieses Jahres sei er festgenommen worden, nachdem er bei dem Versuch über- rascht wurde, vor den Gebäuden der Beijinger Stadtregierung eine Bombe zu zünden. Von den Sicherheitsbehörden sei er jedoch jeweils in seine

Heimatprovinz zurückgeschickt worden, da niemand für die Kosten einer Einweisung in eine psychiatrische Anstalt hätte aufkommen können (IHT, 16.2.00; SCMP, 17.2.00).

Mit dieser raschen und detaillierten Bekanntmachung bemühten sich die Sicherheitsbehörden offensichtlich, Spekulationen über einen politisch motivierten Anschlag zu vereiteln. Einen Zusammenhang mit Protesten der Falungong-Bewegung schlossen sie explizit aus. Implizit wandte sich die offizielle Darstellung aber auch gegen in Hongkonger Medien transportierte Gerüchte, wonach es sich bei der Bombenexplosion um einen terroristischen Anschlag uighurischer Aktivisten aus Xinjiang gehandelt haben könne (ebd., *Ping Kuo Rih Pao*, 16.2.00, nach SWB, 17.2.00).

Das Ereignis erregte umso höhere Aufmerksamkeit, als die Beijinger Sicherheitskräfte angesichts der für die erste Märzhälfte anberaumten Tagungen des Nationalen Volkskongresses und der Politischen Konsultativkonferenz in erhöhter Alarmbereitschaft stehen. -hol-

---



---

## Wissenschaft, Bildung, Gesellschaft, Kultur

---



---

### 18 Wissenschaftliche Zeitschriften: Forderung nach besserer Qualität

Jüngst ist die Qualität wissenschaftlicher Zeitschriften in die Diskussion geraten. In einem Artikel der *Volkszeitung* wurde berichtet, dass viele Wissenschaftler und Herausgeber mit der Qualität der wissenschaftlichen Zeitschriften unzufrieden sind. Obwohl die Forschung in den vergangenen zwei Jahrzehnten große Fortschritte gemacht habe und die Ergebnisse im Ausland Beachtung fänden, hinkten die wissenschaftlichen Zeitschriften hinterher. Dafür werden hauptsächlich zwei Ursachen angeführt: zum einen die Vielzahl an derartigen Pe-

riodika, zum anderen die übermäßige Betonung von Veröffentlichungen in referierten ausländischen Zeitschriften.

Gegenwärtig gebe es in China rund 4.300 wissenschaftlich-technische Zeitschriften. Fast jede Universität, jedes Forschungsinstitut und jede Fachgesellschaft habe mindestens eine eigene Zeitschrift. Begrenzte Investitionsmittel und die Verteilung der Manuskripte auf zu viele Zeitschriften beschränkten zu einem großen Teil die Bemühungen um Anhebung der wissenschaftlichen Qualität, so dass die Zeitschriften hinter den internationalen Standard zurückfielen. Hinzu komme, dass in den letzten Jahren die chinesischen Forschungsabteilungen übermäßig Wert auf Begutachtung durch ausländische Fachleute legten. Sie bewerteten die Veröffentlichung eines Artikels im Ausland durchweg höher, als wenn ein Wissenschaftler zwei oder mehr Artikel in China publiziere. Infolgedessen werde ein großer Teil der wissenschaftlichen Artikel Chinas im Ausland veröffentlicht. So sei im Scientific Citation Index des US-amerikanischen Institute for Scientific Information zwischen 1983 und 1997 die Zahl der Artikel von chinesischen Wissenschaftlern von 3.475 auf 10.033 gestiegen. Im gleichen Zeitraum seien in China 1.502 bzw. 1.708 Artikel erschienen. Dies bedeute, dass die Zahl der in China veröffentlichten Artikel in diesen 15 Jahren um 26,2% gesunken sei.

Diese Entwicklung wird für China als schädlich angesehen, denn - so heißt es - wissenschaftliche Zeitschriften hätten die doppelte Aufgabe des Austauschs wissenschaftlicher Ergebnisse und der Förderung der wissenschaftlichen Forschung. Wenn Chinas hochqualifizierte Forschungsergebnisse zu einem großen Teil in ausländischen Zeitschriften veröffentlicht würden, dann sei es aufgrund der Kosten und der Vertriebswege schwierig, diese Ergebnisse zuerst in China bekannt zu machen. Bereits im April 1999 hat die Zeitschriftenabteilung der Staatlichen Stiftung für Naturwissenschaften auf einer internationalen Tagung darauf hingewiesen, dass die Qualität der chinesischen wissenschaftlich-technischen Zeitschriften angehoben werden müsse. Außerdem wurde beschlossen, dass die Staatliche Stiftung für Naturwis-

senschaften und die Staatliche Wissenschaftsgesellschaft gemeinsam etwa 100 hervorragende wissenschaftliche Zeitschriften finanziell unterstützen, damit diese ihre Qualität anheben können.

Die finanzielle Ausstattung der Zeitschriften sei völlig ungenügend. Während ausländische Zeitschriften im Internet eingestellt seien und Links zu großen Datenbanken hätten, was zweifellos den Einfluss und die Verbreitung dieser Publikationen erhöhe, gilt dies nur für eine ganz geringe Zahl von Zeitschriften in China. Diese müssten mehr Wert auf Verbreitung und Vertrieb im Ausland legen. Verglichen mit den Vertriebs- und Werbemethoden ausländischer Verlage, sei der Vertrieb bei Chinas wissenschaftlichen Zeitschriften noch sehr rückständig, insbesondere bei den 148 englischsprachigen Ausgaben solcher Periodika. Von diesen würden gegenwärtig jeweils nur einige Dutzend Exemplare im Ausland abonniert, und der Vertrieb sei mangelhaft. Die englischsprachigen Zeitschriften müssten sich zusammenschließen und effiziente Partner im Ausland suchen, um ihren Vertrieb zu verbessern. Die Verbesserung der Qualität und des Vertriebs der wissenschaftlichen Zeitschriften erfordere verstärkte Anstrengungen nicht nur der Herausgeber, sondern auch aller Forschungsabteilungen und der gesamten Wissenschaft. (RMRB, 10.2.00, S.4)

Aufgrund der kaum vorhandenen Chinesischkenntnisse bei Naturwissenschaftlern und Technikern im Ausland wird China nicht umhinkönnen, zumindest einen Teil seiner naturwissenschaftlich-technischen Zeitschriften zusätzlich zur chinesischen Ausgabe auch auf Englisch zu veröffentlichen. Doch erst wenn die Qualität dieser Zeitschriften erstklassig ist, dürften diese für chinesische Wissenschaftler und westliche Abonnenten attraktiv sein. Der Vorteil einer Veröffentlichung in einer Zeitschrift mit jeweils einer chinesischen und einer englischen Ausgabe wäre, dass sowohl das In- wie auch das Ausland gleichermaßen den Artikel zur Kenntnis nehmen könnten. -st-

## 19 Diskussionen um Bildungswesen

Im Februar 2000 ist plötzlich das Bildungswesen zu einem vorrangigen Thema in den Medien avanciert. Die Ursache liegt in immer offensichtlicher werdenden Problemen des chinesischen Bildungssystems. Die Probleme finden ihren Ausdruck in aktuellen Vorfällen, die die ganze Nation bewegen und dazu geführt haben, dass die gegenwärtige Bildungspolitik infrage gestellt wird. Der spektakulärste Fall ereignete sich im Januar in der Provinz Zhejiang, wo ein 17-jähriger Mittelschüler seine Mutter erschlug, weil er den Druck der Eltern nicht mehr ertragen konnte, seine Zensuren zu verbessern. In Henan ließen die Eltern eines Schülers den Klassenlehrer verprügeln, weil der Lehrer ihren Sohn nicht unter die drei besten Schüler plazierte hatte (vgl. RMRB, 15.2.20, S.4). Insbesondere der Mord lässt die in der Reformperiode in Abständen immer wieder geführte Diskussion um die übermäßige Belastung der Schüler wiederaufleben. Das chinesische Schulsystem ist prüfungsorientiert angelegt. Nur die Besten haben die Möglichkeit, eine angesehene Universität zu besuchen, was wiederum für die Karriere ausschlaggebend ist. Druck wird nicht nur von Seiten der Schulen ausgeübt, deren Ruf durch die Übergangsraten begründet wird, sondern vor allem auch von Seiten der Eltern, die ihr in der Regel einziges Kind häufig überfordern, indem sie nur aufs Lernen und entsprechende Leistungen sehen.

Kurz nach dem Mord rief Bildungsministerin Chen Zhili dazu auf, den Lerndruck auf die Schüler zu vermindern (XNA, 19.2.00). Richtig ins Rollen kam die Diskussion jedoch erst durch einen Kommentar, mit dem die *Volkszeitung* am 12. Februar auf ihrer ersten Seite aufwartete. Unter der Überschrift „Die ganze Gesellschaft muss sich um das Bildungswesen kümmern und es unterstützen“ wird betont, dass Erziehung nicht allein Sache der Schule ist, sondern auch der Familie und der gesamten Gesellschaft. Es wird darauf hingewiesen, dass Eltern all ihre Hoffnung in ihr Kind setzten und ihre Einzelkinder vielfach überforderten; demgegenüber fordert der Kommentator, die Belastung

der Schüler und den auf ihnen lastenden psychischen Druck zu vermindern. Allerdings werden in dem Kommentar die psychischen Probleme der Schüler und die Tatsache, dass viele Schüler auf die schiefe Ebene geraten, nicht allein dem Arbeitsdruck zugeschrieben, sondern in erster Linie der mangelhaften moralisch-ideologischen Bildung. Neben der Vermittlung von Wissen komme es vor allem darauf an, den Schülern die richtige Weltanschauung und die richtigen Werte zu vermitteln und ihnen eine gute ideologisch-politische Erziehung zuteil werden zu lassen. Auch die richtigen didaktischen Methoden werden angemahnt. Außer Buchwissen müssten die Schüler auch praktische Dinge lernen und an gesellschaftlichen Aktivitäten teilnehmen, d.h. Erziehung und gesellschaftliche Praxis müssten miteinander verbunden sein. Die zu vermittelnden Werte umfassen Patriotismus, Kollektivismus und Sozialismus. (RMRB, 12.2.00)

Die hier zum Ausdruck kommende Meinung der Partei, nach der die moralisch-ideologische Bildung als Allheilmittel betrachtet wird, wurde zwei Tage nach Erscheinen des Kommentars vom Bildungsministerium aufgegriffen. In einem Zirkular an alle Bildungsbehörden und die ihm unterstellten Hochschulen fordert das Ministerium alle fürs Erziehungswesen zuständigen Kader und alle Lehrer auf, den Kommentar der *Volkszeitung* eingehend zu studieren und sich verstärkt der ideologischen und moralischen Bildung zu widmen. Als weitere Maßnahme werden alle Verwaltungseinheiten aufgefordert, nach den diesjährigen Frühlingferien moralische Schulungen für Lehrer durchzuführen und deren ideologische und fachliche Qualität zu überprüfen. Es werden allerdings auch praktische Anweisungen zur Verringerung des psychischen Drucks auf die Schüler gegeben. So soll nach den Schulferien in diesem Frühling die Praxis aufhören, die Prüfungsergebnisse der Schüler öffentlich bekannt zu machen und die Schüler nach ihren Noten zu plazieren. Schließlich wird verfügt, in den Schulen Ruhe und Ordnung zu bewahren und gegen Gesetzesverstöße von Schülern entschieden vorzugehen. (RMRB, 15.2.00, S.4)

Ob eine verstärkte moralisch-ideologische Erziehung die gegenwärtigen

Probleme im chinesischen Schulwesen lösen kann, muss bezweifelt werden. Fachleute halten es eher für notwendig, die Bildungsinhalte völlig neu zu bestimmen, d.h. die bisherigen Bildungsinhalte infrage zu stellen. Man muss sich darüber im Klaren sein, welche Kenntnisse und welche Qualitäten man von den Schulabgängern fordert. Hierüber herrscht weitgehend Unklarheit. Zwar wird auf Fachtagungen darüber diskutiert, aber diese haben bislang zu keinen Ergebnissen geführt. (Vgl. dazu RMRB, 15.2.00, S.5) -st-

## 20 Nationales Zentrum zur Überprüfung der Echtheit von Diplomen

Wie ein Vertreter des Komitees für akademische Grade unter dem Staatsrat bekannt gab, wurde in China kürzlich ein nationales Zentrum zur Überprüfung der Echtheit von Diplomen errichtet. Zweck dieser Institution ist es, angesichts der alarmierenden Zahl gefälschter Diplome, die in die Personalakten von Unternehmen und Organisationen eingehen, Auskunft über die Echtheit von Prüfungsdokumenten zu geben und Arbeitgeber vor Bewerbern mit gefälschten Zeugnissen zu schützen. Das Zentrum wird mit Universitäten und Forschungsinstitutionen zusammenarbeiten und ein Informationsnetz aufbauen, über das Arbeitgeber entsprechende Auskünfte online erhalten können. (XNA, 20.1.00) Urkunden über akademische Grade und sonstige Zeugnisse können überall in China käuflich erworben werden. Bei dem stark beschränkten Zugang zur Hochschule einerseits und dem hohen Prestige akademischer Grade andererseits versuchen viele jüngere Leute, sich mit unlauteren Methoden einen begehrten Arbeitsplatz oder einen Studienplatz im Ausland zu erkämpfen. -st-

## 21 Neunjährige Schulpflicht und Alphabetisierung

Die Einführung der neunjährigen Schulpflicht und die Abschaffung des Analphabetentums unter jüngeren Menschen im Alter zwischen 15 und 50 Jahren sind bekanntlich die beiden wichtigsten bildungspolitischen Ziele, die die VR China bis zum Jahr 2000

erreicht haben will. Grundlage für beide Ziele bilden das Schulpflichtgesetz von 1986 und die Bestimmungen über die Abschaffung des Analphabetentums von 1988. Insbesondere in den neunziger Jahren hat sich die Regierung stark für die Realisierung beider Ziele eingesetzt. Auf dem XIV. Parteitag 1992 wurden beide Aufgaben als die „zwei grundlegenden“ Aufgaben und auf einer nationalen Bildungskonferenz 1994 als „das Wichtigste vom Wichtigsten“ deklariert. Zugleich aber sah man 1994, dass die Ziele im geplanten Zeitraum nicht zu schaffen waren. Deshalb wurden die Ziele neu definiert: Bis zum Ende des Jahrhunderts sollte die neunjährige Schulpflicht in Gebieten verwirklicht sein, in denen 85% der Gesamtbevölkerung leben, die Übergangsrate von der Grund- zur Mittelschule sollte 85% betragen, und die Analphabetenrate bei den 15- bis 50-Jährigen sollte unter 5% gedrückt werden.

Besteht Aussicht, dass beide Ziele bis zum Jahresende 2000 erreicht werden, und was wurde bisher erreicht? Hierzu äußerte sich kürzlich der stellvertretende Bildungsminister Lü Fuyuan in einem längeren Artikel in der *Guangming-Zeitung* (GMRB, 16.2.00, S.B2). Er nannte folgende Zahlen: Im Jahre 1998 betrug die Einschulungsrate aller schulpflichtigen Kinder 98,93% (1,1% mehr als 1990) und die Übergangsrate zur Mittelschule 87,3% (17,1% mehr als 1990). Dies ist ein beachtlicher Fortschritt, allerdings lassen diese Prozentsätze nicht den teilweise sehr hohen Anteil der Schulabbrecher erkennen. Weiter nannte der Vizeminister für die letzten zehn Jahre eine Ziffer von 3,5 Millionen jüngeren Menschen, die durchschnittlich pro Jahr alphabetisiert worden sind. Seinen Ausführungen zufolge soll die Analphabetenrate unter jüngeren Menschen im Jahre 1999 unter 5,5% gesunken sein. Damit wäre das zweite Ziel bereits erreicht. Auch hier muss jedoch mit einem großen Unsicherheitsfaktor gerechnet werden, denn es ist fraglich, als wie stabil die Schreib- und Lesefähigkeit der neu Alphabetisierten zu bewerten sind.

Fortschritte hat es offensichtlich bei der Qualifizierung der Lehrer gegeben. Im Jahre 1998 hatten von den Grundschullehrern 94,59%, von den Mittelschullehrern für die Unterstufe

83,93% die erforderliche Qualifikation. Im Vergleich zu 1990 waren das 20,69 bzw. 36,93% mehr. Die sog. *minban*-Lehrer, das sind unqualifizierte Dorflehrer, wird es bis zum Ende des Jahrhunderts nicht mehr geben.

Insgesamt hatten Ende 1998 neun Regierungsunmittelbare Städte und Provinzen beide Ziele vollständig erreicht, und zwar Beijing, Tianjin, Shanghai, Jiangsu, Guangdong, Zhejiang, Liaoning, Jilin und Fujian. 1999 waren beide Ziele insgesamt in 2.428 Kreisen realisiert, das waren Gebiete mit 80% der Gesamtbevölkerung. Es wird damit gerechnet, dass bis Ende 2000 dies planmäßig in Gebieten, in denen 85% der Bevölkerung leben, verwirklicht sein wird.

Trotz dieser unbestreitbaren Erfolge gibt es allerdings auch gravierende Probleme, die der Vizeminister nicht verhehlte. Sorge bereiten den Bildungspolitikern vor allem die Stabilität und Langfristigkeit des Erreichten. Velerorts ist man der Meinung, die Ziele seien erreicht, und man brauche die Bildungsarbeit jetzt nicht mehr vorrangig zu behandeln. Zudem investieren die örtlichen Regierungen vielfach nicht genug ins Schulwesen, die Bildungsabgabe wird nicht vorschriftsgemäß eingezogen, die Lehrergehälter werden nicht ausgezahlt, und die Abbrecherquote auf der Mittelschulunterstufe ist sehr hoch. Neue Probleme ergeben sich zusätzlich dadurch, dass in den nächsten Jahren in den ländlichen Gebieten ein großer Zustrom zu den Mittelschulunterstufen erfolgen wird, der mit Blick auf Schulgebäude, Ausstattung, Lehrer und Finanzen nur schwer zu verkraften sein wird. Im Jahre 2002 wird die Zahl der Mittelschüler der Sekundarstufe II 79 Millionen erreichen, das sind 18 Millionen mehr als 1998. Aufgrund all dieser Probleme, so heißt es, muss weiter an der Maxime „das Wichtigste des Wichtigsten“ festgehalten werden. Die „beiden grundlegenden Aufgaben“ müssen vor allem deswegen weiter verfolgt werden, weil nur auf ihrer Grundlage die Sekundarstufe II und die Hochschulbildung ausgebaut werden können.

Als besonders schwierig wird die Situation des Schulwesens in den Ungunstgebieten dargestellt. In vielen Gegenden wird nur ein achtjähriges

Schulsystem durchgeführt, in anderen ist nur der Grundschulbesuch gewährleistet, manchmal werden sogar nur drei oder vier Schuljahre angeboten. Dies bedeutet, dass die Entwicklung sehr ungleichgewichtig vonstatten geht. Auch benachteiligte Gruppen wie Mädchen, behinderte Kinder oder Kinder von Wanderarbeitern sind von der neunjährigen Schulpflicht weitgehend ausgeschlossen.

Die hohe Abbrecherquote auf der Sekundarstufe I (7.-9. Schuljahr) trifft vor allem für die ländlichen Gebiete zu. Als Grund wird u.a. angeführt, dass der Lehrstoff und die Unterrichtsmethoden nicht den Bedürfnissen der ländlichen Produktion entsprechen. Diese Bedürfnisse seien andere als die von Mittelschülern, die eine Hochschulbildung anstreben. Der Vizeminister plädiert dafür, die Allgemeinbildung stärker mit beruflicher Bildung zu verbinden (was bereits seit längerem gefordert wird). Die Mittelschüler auf dem Lande brauchen in verstärktem Maße beruflich-technische Bildung. Dies wird nicht zuletzt unter dem Aspekt gefordert, dass die Jugend auf dem Lande bleibt und dorthin zurückkehrt, wenn die Prüfung auf eine weiterführende Schule nicht bestanden wurde. -st-

## 22 Chinas Internet-Politik

Chinas Internet-Politik scheint von zahlreichen Widersprüchen gekennzeichnet zu sein. Einerseits haben die politischen Führer vor Jahren beschlossen, das Internet zu nutzen, weil sie die Vorteile des neuen Mediums gerade für ein Land wie China mit seiner Größe und seiner rückständigen Kommunikationsinfrastruktur sahen; andererseits treibt sie die Sorge um den Verlust der Kontrolle über dieses Medium und die Einbuße des Informationsmonopols der Kommunistischen Partei um, so dass sie sich veranlasst sehen, das Internet durch restriktive Vorschriften zu regulieren und in ihrem Sinne zu steuern. Die Ende Januar erlassenen Bestimmungen (vgl. C.a., 00/1, Ü 8) sind bedröckter Ausdruck dieser Sorge. Die Restriktionen stehen vor allem im Widerspruch zu Chinas Wissenschafts- und Technologiepolitik, in der mit Blick

auf Chinas High-Tech-Ambitionen die moderne Informationstechnologie eine Schlüsselposition einnimmt.

Eine neue Herausforderung für Chinas Internet-Politik stellt der geplante WTO-Beitritt dar. Im Rahmen der Beitrittsverhandlungen musste China u.a. die Öffnung seines Internet-Marktes für ausländisches Kapital zugestehen. Dieser Markt entwickelt sich rapide. Lag die Zahl der Internet-Zugänge in China Mitte 1999 noch bei 4 Mio., so hatte sich diese Zahl bis Jahresende mehr als verdoppelt. Schätzungen zufolge soll China bis 2020 die höchste Zahl von Internet-Nutzern haben (*Wen Wei Po*, Hongkong, 9.2.00, nach SWB, 11.2.00). Allerdings werden sich manche Anbieter auf dem Internet-Markt in ihren Erwartungen bezüglich des chinesischen Marktes getäuscht sehen, denn China verlangt, dass Chinesisch die hauptsächliche Sprache des Internet in China zu sein hat. Dies berichtete kürzlich die Hongkonger Zeitung *Wen Wei Po* (ebd.). Dem Bericht zufolge hat China einen Plan zur Entwicklung des Internet aufgestellt und darin verfügt, dass chinesische Software benutzen muss, wer auf den chinesischen Internet-Markt will. Mit dieser Politik will China dem verstärkten Wettbewerb begegnen, der nach Chinas WTO-Beitritt durch die ausländische Konkurrenz droht. Ziel ist es, ein Internet mit chinesischen Kennzeichen aufzubauen, das vor allem auf der chinesischen Sprache basiert.

Dass China seinen eigenen Weg bei der Entwicklung der Internet-Technologie geht, belegt auch die Tatsache, dass es ablehnt, mit Microsoft-Systemen zu arbeiten. Stattdessen benutzt China als Computersprache das kostenfreie Linux für seine Internet-Technologie (ebd.). Angesichts der Prognosen, dass China in zwei Jahrzehnten das Land mit der höchsten Zahl von Internet-Nutzern sein wird, sieht sich China darin bestärkt, ein Internet mit seiner eigenen Sprache zu entwickeln, zumal diese nicht nur auf die Volksrepublik beschränkt ist, sondern in großen Teilen Ost- und Südasiens verbreitet ist. (Vgl. dazu C.a., 1999/3, Ü 21) -st-

### 23 Nationalitäten: Zunehmender Anteil an Stadtbevölkerung

Chinas nationale Minderheiten, deren Lebensraum traditionell die ländlichen Gebiete, insbesondere die weiten Steppengebiete Westchinas sind, zieht es in zunehmendem Maße in die Städte. Seit Beginn der Reformperiode hat sich die Zahl der Stadtbewohner unter der Nationalitätenbevölkerung kontinuierlich erhöht. Ein verstärkter Zuzug von Angehörigen der Minderheitenbevölkerung wird nicht nur für die Städte in den Minderheitengebieten selbst registriert, sondern auch in den Städten im übrigen China. Betrug der Anteil der Nationalitätenbevölkerung, der in Städten im eigentlichen China (d.h. in Städten, die nicht unter autonomer Verwaltung stehen) lebt, im Jahre 1982 noch 8,35% der gesamten Minderheitenbevölkerung, so belief sich dieser Anteil im Jahre 1997 bereits auf 20%. Die meisten Minderheitenangehörigen gehen in der Stadt einer regulären Tätigkeit nach oder besuchen eine Schule. Ein zunehmender Anteil unter ihnen zieht jedoch als Wanderarbeiter in die Städte, insbesondere in die großen Zentren im Osten des Landes. In Wuhan beispielsweise erreicht die Nationalitäten-Wanderbevölkerung zu Spitzenzeiten eine Zahl von 100.000, während die ständig dort wohnende Minderheitenbevölkerung 42.000 umfasst. (Vgl. RMRB, 12.2.00, S.2) Der verstärkte Zuzug von Minderheitenangehörigen in chinesische Städte kann dazu beitragen, diese Menschen in die chinesische Gesellschaft zu integrieren; in der Praxis jedoch dürften die Konflikte insbesondere zwischen den Minderheiten-Wanderarbeitern und der chinesischen Bevölkerung überwiegen. In jedem Falle aber verändern sich die Lebensgewohnheiten der Nationalitäten durch den zunehmenden Verstädterungsprozess nachhaltig. -st-

### 24 Filmpreis für Zhang Yimou

Auf der 50. Berlinale wurde der Film „Wode fuqin muqin“ (Mein Vater, meine Mutter/The Road Home) des volksrepublikanischen Regisseurs Zhang Yimou (49) mit dem Silbernen Bär ausgezeichnet. Der Film er-

zählt von der Liebe zwischen einem Dorfschullehrer und einem Bauernmädchen Ende der fünfziger Jahre. Zhang erklärte, er habe Gefühle darstellen und mit seinem Film zum Ausdruck bringen wollen, dass die Chinesen zu den „wahren Werten“ zurückkehren sollten angesichts der verbreiteten Kommerzialisierung, die alles käuflich mache. (GMRB u. XNA, 21.2.00) Zur Jury gehörte die international bekannte Schauspielerin Gong Li. Zhang Yimou zählt zu den chinesischen Regisseuren mit den meisten internationalen Filmpreisen. 1988 wurde er in Berlin für seinen Film „Rotes Kornfeld“ mit dem „Goldenen Bären“ ausgezeichnet, 1991 in Venedig mit dem „Silbernen Löwen“ für seinen Film „Rote Laterne“ und 1992 mit dem „Goldenen Löwen“ für den Film „Die Geschichte der Qiu Ju“ (vgl. C.a., 1993/2, Ü 19). -st-

### 25 Religionspolitik

Das ZK der KPCh und der Staatsrat haben im Januar ein Dokument über „Einige politische Fragen der gegenwärtigen Religionsarbeit“ herausgegeben, das für die Parteikomitees der relevanten Zentral- und Provinzbehörden bestimmt ist. Darüber berichtete die Hongkonger Zeitschrift *Zhengming* in ihrer Ausgabe vom 1. Februar (s.a. SWB, 11.2.00). In dem Dokument heißt es, dass für die Religionsarbeit auf Provinzebene die Parteikomitees zusammen mit einem stellvertretenden Provinzgouverneur verantwortlich zu sein haben. Die Parteikomitees sollen die jeweilige örtliche Situation berücksichtigen und spezifische Vorschriften aufstellen. Es wird dazu aufgerufen, die Propaganda- und Erziehungsarbeit hinsichtlich Patriotismus, nationaler Einheit, staatlicher Sicherheit und Stabilität zu intensivieren und die Kontrolle über religiöse Gruppen und Aktivitäten zu verstärken.

Aufschlussreich sind insbesondere die Infiltrationsmethoden der Partei. So wird in dem Dokument angeregt, in den Führungsgremien der Religionsgemeinschaften einen bestimmten Anteil von „Nichtparteimitgliedern“ zu platzieren, die aber selbstverständlich dem Staat und der Partei gegenüber loyal sein müssen. Deren Anteil soll von ge-

genwärtig 3 auf 7,5 bis 9 Prozent erhöht werden. Bei den Katholiken soll der Prozentsatz von 3,8 auf 8 bis 9 Prozent gesteigert werden. Als weitere Maßnahme wird empfohlen, geeignete Mitglieder der sog. demokratischen Parteien (die in China nicht selbstständig sind) als Kader für Religionsarbeit auszubilden.

Gewarnt wird vor „feindlichen Kräften des Auslands“, die versuchten, Chinas Religionsgemeinschaften zu infiltrieren und zu kontrollieren. Jegliche Kultpropaganda und Aktivitäten gewisser Untergrundorganisationen, die unter dem Vorwand der Religionsfreiheit ihren Einfluss auf Partei-, Regierungs- und Armeekreise ausdehnten, sollen im Keim erstickt werden. Sobald entdeckt wird, dass ein Parteikader in religiöse Aktivitäten verwickelt ist, soll er die Parteimitgliedschaft aufgeben. Als besonders gefährlich wird die gegenwärtige Tendenz zu religiöser Politisierung und zu separatistischen Aktivitäten bezeichnet, für die zum großen Teil der Westen verantwortlich gemacht wird.

In dem Schriftstück wird darauf hingewiesen, dass die Zahl der Gläubigen in China in den vergangenen zehn Jahren drastisch angewachsen ist, und zwar besonders unter Intellektuellen mittleren und jüngeren Alters. Kritisch wird vermerkt, dass das Christentum in den entwickelten modernen Städten große Anziehungskraft besitzt und gerade auch Parteikader davon angezogen werden. Unter allen Gläubigen sollen die Christen das höchste Bildungsniveau haben.

In dem *Zhengming*-Artikel werden auch offizielle Zahlen für die Anhängerschaft der einzelnen Religionen genannt: Insgesamt gibt es in China demnach 220 Mio. Religionsanhänger, davon rund 150 Mio. Buddhisten, 25 Mio. Protestanten, 3,2 Mio. Katholiken, 11 Mio. Muslime und 5,5 Mio. Daoisten. Diese Zahlen scheinen jedoch zu niedrig zu sein. Nach internen Statistiken des Ministeriums für öffentliche Sicherheit, so die *Zhengming*, soll sich die Zahl der Protestanten auf 35 Mio. und die der Katholiken auf über 8,5 Mio. belaufen.

Der neuen religiösen Welle in China begegnet der Staat mit verschärfter Kontrolle, auch wenn diese unter teilweise verfeinerten Methoden erfolgt.

Er fühlt sich nicht nur durch Sekten wie die Falungong mit ihren Zigmillionen von Anhängern herausgefordert, sondern auch von etablierten Religionsgemeinschaften wie dem Christentum oder dem Islam, weil gerade diese beiden immer unter dem Verdacht stehen, vom Ausland gesteuert zu sein. Während der Islam mit Blick auf islamistische Aktivitäten insbesondere in Xinjiang als Bedrohung für die staatliche Einheit gesehen wird, gilt das Christentum aus Sicht der Partei in erster Linie als Gefahr für die kulturelle Identität und das chinesische Wertesystem. -st-

---



---

## Außenwirtschaft

---



---

### 26 Keine Fortschritte bei den Verhandlungen zwischen der EU und China zum WTO-Beitritt

Die im Januar und Februar d.J. durchgeführten bilateralen Verhandlungen zwischen der EU und China sind bisher ohne eine Einigung verlaufen. In einer gemeinsamen Erklärung vom 26.1.2000 wurde darauf hingewiesen, dass in der 2,5 Tage dauernden Januar-Verhandlung vor allem Fragen des Marktzugangs für Industriegüter, insbesondere Zölle und Übergangszeiten für Quoten, sowie für Agrarprodukte umstritten blieben. Ein Verhandlungstag war für Fragen des Marktzugangs im Dienstleistungssektor und in Schlüsselsektoren wie Telekommunikation, Finanzdienstleistungen (Banken, Versicherungen, Wertpapiere), Maklergeschäfte, Distribution, Tourismus und Fachdienstleistungen (Anwälte, Buchprüfer) reserviert gewesen. ([http://europa.eu.int/comm/external\\_relations/news](http://europa.eu.int/comm/external_relations/news))

Im Februar fand die zweite Runde der bilateralen Gespräche statt, die allerdings auch ohne greifbare Fortschritte zu Ende ging. Zwar hatte die EU beim Abschluss der bilateralen Verhandlungen zwischen den USA und China im November letzten Jahres bekannt gegeben, dass 80% des Verhandlungsprotokolls auch die Interessen der EU-Mitgliedsstaaten repräsentiere, doch

scheint eine Einigung über die verbliebenen 20% unerwartet schwierig.

Zu den umstrittenen Fragen zählt beispielsweise die Anhebung der Beteiligungsgrenze für ausländische Investoren an chinesischen Telekommunikationsunternehmen auf über 49%. Weiterhin hat die europäische Verhandlungsdelegation ein starkes Interesse daran, eine Mehrheitsbeteiligung für Versicherungsunternehmen zu erreichen. Auch ein stärkerer Zollabbau für Fahrzeugimporte will die EU gegenüber China durchsetzen. (NfA, 25.2.00)

Dass die bilateralen Verhandlungen keine Fortschritte gemacht haben, wird auch darauf zurückgeführt, dass die chinesischen Unterhändler nicht bereit waren, Zugeständnisse über den Rahmen hinaus zu machen, der in den bilateralen Verhandlungen mit den USA abgesteckt worden ist. Die 15-köpfige EU-Delegation soll dementsprechend von der Entwicklung enttäuscht gewesen sein, da sie mit der Anweisung nach Beijing gereist war, bis zum Abschluss der Verhandlungen vor Ort zu bleiben. Pascal Lamy, der EU-Handelsbeauftragte, soll während der viertägigen Gespräche auf Abruf in Brüssel gewartet haben, um in die Endphase der Verhandlungen dazuzukommen. (FT, 25.2.00) Einzelheiten über den Verlauf der Verhandlungen wurden nicht bekannt.

In einem Interview der *South China Business Review*, *Business Post* erklärte Pascal Lamy, dass sich die EU bei den Verhandlungen mit China zum WTO-Beitritt nicht unter Zeitdruck setzen lasse. Der Zeitdruck komme aus den USA, da dort die Notwendigkeit bestünde, den Kongress schnell dazuzubringen, die gesetzlichen Grundlagen für normale Handelsbeziehungen mit China zu schaffen. Obwohl er sich des politischen Risikos wohl bewusst sei, das Zhu Rongji und Jiang Zemin mit dem Abschluss des bilateralen Abkommens mit den USA eingegangen seien, so Lamy, gebe es bestimmte Spielregeln beim WTO-Beitritt. Hierzu zählten aufeinanderfolgende bilaterale Verhandlungsabschlüsse. Keiner könne erwarten, dass die EU nur noch unterschreiben werde, was China mit den USA ausgehandelt habe: „The idea that the EU has to sign up what the US has agreed is something which

I think they will perfectly well understand will not float.“ (SCMP, 23.2.00) Wann der nächste Termin für die Fortsetzung der bilateralen Gespräche zum WTO-Beitritt sein wird, ist noch nicht bekannt gegeben worden.

Beobachter der bilateralen Verhandlungen weisen auf einen zusätzlichen Grund dafür hin, dass die Verhandlungen bisher nicht erfolgreich abgeschlossen werden konnten. So wird angenommen, dass die chinesische Seite vor dem in einigen Wochen stattfindenden nächsten Nationalen Volkskongress keine neuen Zugeständnisse an das Ausland machen wollte. (HB, 25.2.00) -schü-

### 27 Rekorddefizit der USA im Handel mit China

Im Jahr 1999 mussten die USA im bilateralen Handel mit China, aber auch mit Japan, sowie mit den Nafta-Partnern Kanada und Mexiko Rekorddefizite verbuchen. Auf Japan entfiel mit 73,9 Mrd. US\$ (+15,5% gegenüber 1998) der größte Fehlbetrag. Das zweitgrößte Defizit in Höhe von 68,7 Mrd. US\$ (+14,6%) entstand im bilateralen Handel mit China. Im Handel mit der EU mussten die USA das drittgrößte Defizit (43,7 Mrd. US\$) hinnehmen; mit Kanada und Mexiko beliefen sich die Fehlbeträge auf 32,1 Mrd. US\$ und 22,8 Mrd. US\$.

Die erneute Zunahme des chinesischen Handelsbilanzüberschusses könnte die Zustimmung zur Erteilung der permanenten „Normal Trade Relation“ (NTR) durch den US-Kongress erschweren, die wiederum notwendig für die Umsetzung des chinesischemerikanischen Verhandlungskommisses ist. (HB, 21.2.00) Widerstände gibt es vor allem von Seiten der Gewerkschaften, die in erster Linie aus arbeitsmarktpolitischen Gründen gegen die NTR Lobby betreiben. Die amerikanische Industrie sowie die Handelskammer befürworten dagegen überwiegend den WTO-Beitritt Chinas und haben für eine eigene Informationskampagne rd. 12 Mio. US\$ bereitgestellt. Auch die Regierung unterstützt die Kampagne für Chinas Beitritt. (FAZ, 18.2.00) Zu den größten Unternehmen, die sich für Chinas schnelle Aufnahme einsetzen, gehört der Flugzeugbauer Boe-